

Neue Herausforderungen an die berufliche Bildung

Gespräch der BWP mit der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Edelgard Bulmahn

Edelgard Bulmahn

Bundesministerin für Bildung und Forschung



BWP: *Frau Ministerin, in Ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 12. 11. 1998 haben Sie gefordert, das duale Ausbildungssystem durch eine flexiblere Gestaltung von Ausbildung, Ausbildungsordnungen und Ausbildungsinhalten fortzuentwickeln. An welche Bereiche haben Sie dabei gedacht? Sollten es eher mehr oder weniger Berufe sein?*

Ministerin Bulmahn: In einer Arbeitswelt, deren fachliche Anforderungen sich ständig und rasch verändern, müssen wir die Jugendlichen nicht nur fachlich auf den ersten Einstieg in die Arbeitswelt vorbereiten, sondern auch ihre persönliche Entwicklung fördern und Grundlagen für lebensbegleitendes Lernen legen. Eine breitangelegte und zusammenhängende Ausbildung nach dem Berufskonzept ist deshalb als Bildungsangebot für Jugendliche und als Beitrag zur Standort-sicherung das zukunftsfestere Konzept. In der Grundrichtung gibt es hierzu einen breiten Konsens im Deutschen Bundestag und mit den Sozialpartnern.

Wir wollen die berufliche Bildung inhaltlich weiterentwickeln. Ich will drei vorrangige Aufgaben nennen:

1. In der dualen Berufsausbildung wollen wir mehr Flexibilität, Differenzierung und Praxisnähe, denn die Anforderungen an den Arbeitsplätzen werden immer differenzierter. Wenn wir an einer breitangelegten und zusammenhängenden Ausbildung nach dem Berufskonzept festhalten und mehr Betriebe für die Berufsausbildung gewinnen wollen,

dürfen wir nicht alles bis ins Detail regeln. Die Betriebe müssen in der Ausbildung auf neue Entwicklungen rasch reagieren, betriebsspezifische Besonderheiten integrieren und das unterschiedliche Leistungsvermögen der Auszubildenden berücksichtigen können. Mehr Aktualität und Effizienz in der Berufsausbildung erfordern deshalb Freiräume in den Ausbildungsordnungen. Dies wollen wir im Konsens mit den Sozialpartnern konsequent und breit realisieren.

2. Wir brauchen neue Berufe in wachsenden Beschäftigungsfeldern. Die systematische Suche nach neuen Qualifikationsanforderungen werde ich verstärken.

3. Es müssen zukunftsfeste Beschäftigungsfelder und Tätigkeitsbereiche identifiziert werden, in denen Ausbildungsberufe geschaffen werden können, mit denen die Chancen leistungsschwächerer Jugendlicher verbessert werden, anerkannte und beschäftigungssichernde Qualifikationen zu erwerben. Die Verengung der Diskussion auf zweijährige Berufe ist meines Erachtens aufzubrechen. Es geht darum, Lernchancen zu eröffnen und nicht abzuschneiden.

Soweit es die Bereiche und die Zahl der Ausbildungsberufe angeht, sehe ich die Dinge pragmatisch. Wir können nicht in einem Rundumschlag alle Ausbildungsberufe gleichzeitig auf den Prüfstand stellen. Es ist Sache der Praxis und damit der Sozialpartner, den vorrangigen Bedarf zu definieren.

Entscheidend ist, daß wir das erreichte Modernisierungstempo durchhalten und neue

Strukturkonzepte bei jeder Reform und Neuentwicklung von Ausbildungsberufen konsequent umsetzen. Nach den bisherigen Erfahrungen wird dies eher zu einer Reduzierung der Zahl der Ausbildungsberufe führen.

Vom Bundesinstitut für Berufsbildung erwarte ich in diesem Zusammenhang, daß es möglichst bald eine Analyse und Systematisierung der in den letzten Jahren entwickelten Strukturansätze und Modelle vorlegt.

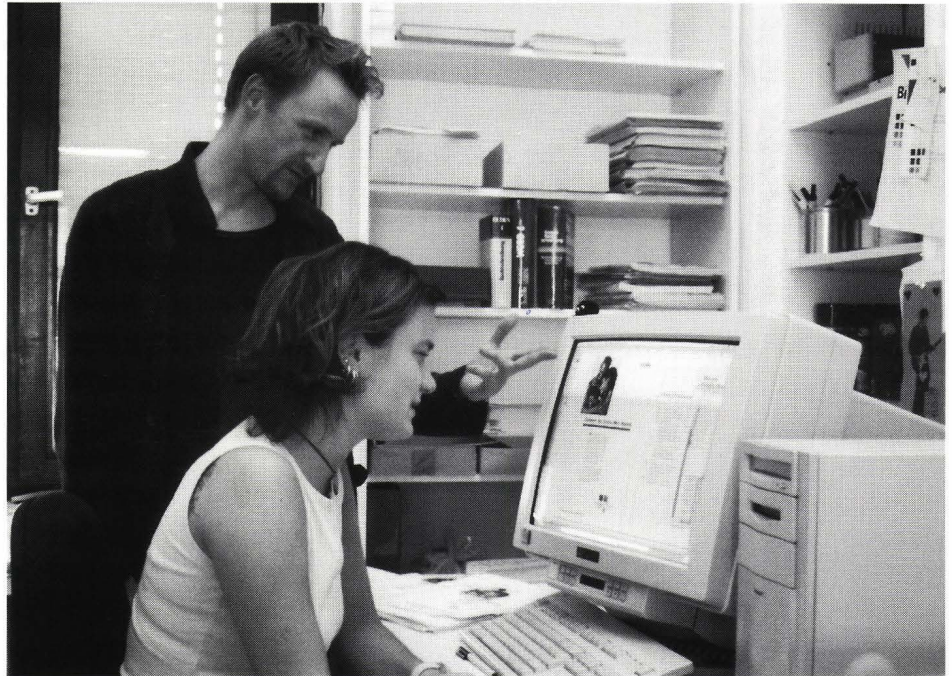
BWP: *Zusatzqualifikationen spielen unbestritten eine große Rolle bei der Flexibilisierung und Individualisierung der Berufsausbildung.*

Was kann getan werden, um sie in diesem Sinne systematisch und flächendeckend weiterzuentwickeln?

Ministerin Bulmahn: Die verstärkte Einführung von Zusatzqualifikationen ist ein wirksames Instrument, um die Berufsausbildung stärker zu differenzieren und flexibler zu gestalten.

Die im Herbst letzten Jahres unter Beteiligung des BMBF durchgeführten regionalen Fachkonferenzen haben gezeigt, daß bereits eine große Vielfalt von Zusatzqualifikationen existiert. Wir müssen deshalb über die vorhandenen Angebote besser informieren und dafür sorgen, daß neue Ansätze transparenter konzipiert werden.

Vom Bundesinstitut für Berufsbildung erwarte ich mir hierzu eine systematische Aufarbeitung über die organisatorischen Modelle der Vermittlung von Zusatzqualifikationen und Vorschläge für ihre weitere Optimierung. Wir werden die Initiativen der Wirtschaft zur modellhaften Entwicklung von Zusatzqualifikationen weiterhin unterstützen. Als Ergebnis dieser Aktivitäten könnte ich mir ein umfassendes Gesamtkonzept „Ausbildung plus“ vorstellen, das aus den anerkannten Ausbildungsberufen und darauf bezogenen, aktuellen und differenzierten Zusatzqualifikationen



besteht. Die Unternehmen erhielten damit ein flexibles Instrument zur gezielten Personalentwicklung und die Auszubildenden neue Perspektiven für ihre berufliche Entwicklung.

BWP: *Als ein wesentliches Ziel der Bildungspolitik formuliert die Koalitionsvereinbarung die Förderung unterschiedlicher Begabungen.*

Was haben wir hier konkret von der Bundesregierung zu erwarten?

Ministerin Bulmahn: Die Potentiale junger Menschen müssen anerkannt und gefördert werden. Im Bereich von Schule und Vorschule sind hier vor allem die Länder tätig. Der Bund unterstützt deren Politik durch Forschungsprojekte und Bundeswettbewerbe, z. B. die internationalen Schülerolympiaden. In der beruflichen Bildung und in der Begabtenförderung an den Hochschulen bieten wir flächendeckend Begabten-Förderprogramme an, die wir in den kommenden Jahren verstärken werden.

Handlungsbedarf sehe ich vor allem im Hinblick auf junge Menschen mit schlechteren Startchancen. Auch vermeintlich schwäche-

ren Jugendlichen muß eine Ausbildungschance gegeben werden. Wir müssen den Anteil der Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluß deutlich senken. Ich werde in Kürze eine Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung über Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung vorlegen. Damit möchte ich eine konstruktive Diskussion über Ursachen und Lösungen zu diesem Problem anstoßen, um die schwierige Situation dieser Gruppe zu verbessern.

Die bestehenden Förderinstrumente für Benachteiligte werden wir bedarfs- und zielgerecht ausbauen, um die Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung und damit auf eine berufliche Zukunft zu sichern. Künftig müssen aber auch neue Konzepte entwickelt werden, um dem unterschiedlichen Leistungsvermögen der Jugendlichen gerecht werden zu können. Ich denke hierbei zum Beispiel an betriebsnahe Formen der Berufsvorbereitung oder Modelle zur Verbindung von Qualifizierung und Arbeit. Ausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung sind inhaltlich und organisatorisch stärker zu verknüpfen, um unproduktive „Warteschleifen“ zu vermeiden.

Wir haben vor allem ein Problem bei der Qualifizierung ausländischer Jugendlicher. Die Integration junger Ausländerinnen und Ausländer beginnt mit einer vollwertigen Berufsausbildung. Es kann nicht so bleiben, daß doppelt so viele ausländische Jugendliche ohne Berufsausbildung bleiben wie junge Deutsche. Für die Ausbildung junger Ausländerinnen und Ausländer werden wir deshalb ein Aktionsprogramm auflegen.

Für die berufliche Nachqualifizierung junger Erwachsener sehe ich vor allem in der zielgruppengerechten Verbindung von Arbeit und Lernen einen erfolgversprechenden Ansatz. Das BIBB hat hier beispielhafte Konzepte zur schrittweisen, beschäftigungsbegleitenden Qualifizierung bis hin zum vollwertigen Berufsabschluß entwickelt, die ausgebaut und breiter angeboten werden sollten.

BWP: *Welche Möglichkeiten sehen Sie, Frau Ministerin, die in den neuen Ausbildungsordnungen festgelegten Prüfungsanforderungen, zum Beispiel handlungsorientierte Aufgaben und betriebliche Projektarbeit, in die Praxis umzusetzen?*

Ministerin Bulmahn: Die Chancen für die Umsetzung handlungsorientierter Aufgaben und Projektarbeit in die Praxis sehe ich sehr positiv, weil diese neuen Prüfungskonzepte gemeinsam aus der Praxis heraus entwickelt wurden und die Anstöße zum großen Teil von dort kamen. Natürlich gibt es Anpassungs- und Übergangsprobleme. Hier entwickelt das BMBF mit Forschungsvorhaben und Modellversuchen konkrete Hilfestellungen, um die Einführung der neuen Konzepte in die Prüfungspraxis zu unterstützen. Erwähnen möchte ich speziell zwei Vorhaben, die in diesem Zusammenhang wegweisend sind: Für die neuen IT-Berufe werden zur Zeit für die betriebliche Projektarbeit Auswahl- und Bewertungskriterien sowie eine Beispielsammlung erarbeitet. Erste Ergebnisse werden in Kürze den zuständigen Stellen und den Betrieben zur Verfügung gestellt.

Für den Versicherungskaufmann/die Versicherungskauffrau wird im Rahmen eines Modellversuchs gemeinsam mit der Versicherungswirtschaft und den Kammern die praxismgerechte Einführung einer neuen handlungsorientierten Prüfungsstruktur gefördert. Die bisherigen Ergebnisse sind ein positives Beispiel für das Engagement einer Branche zur Umsetzung einer neuen Ausbildungsordnung. Ich erwarte hiervon auch ein Signal für andere Bereiche und Berufe.

BWP: *Junge, technologieorientierte Unternehmen haben die Möglichkeiten des dualen Systems häufig noch nicht hinreichend wahrgenommen.*

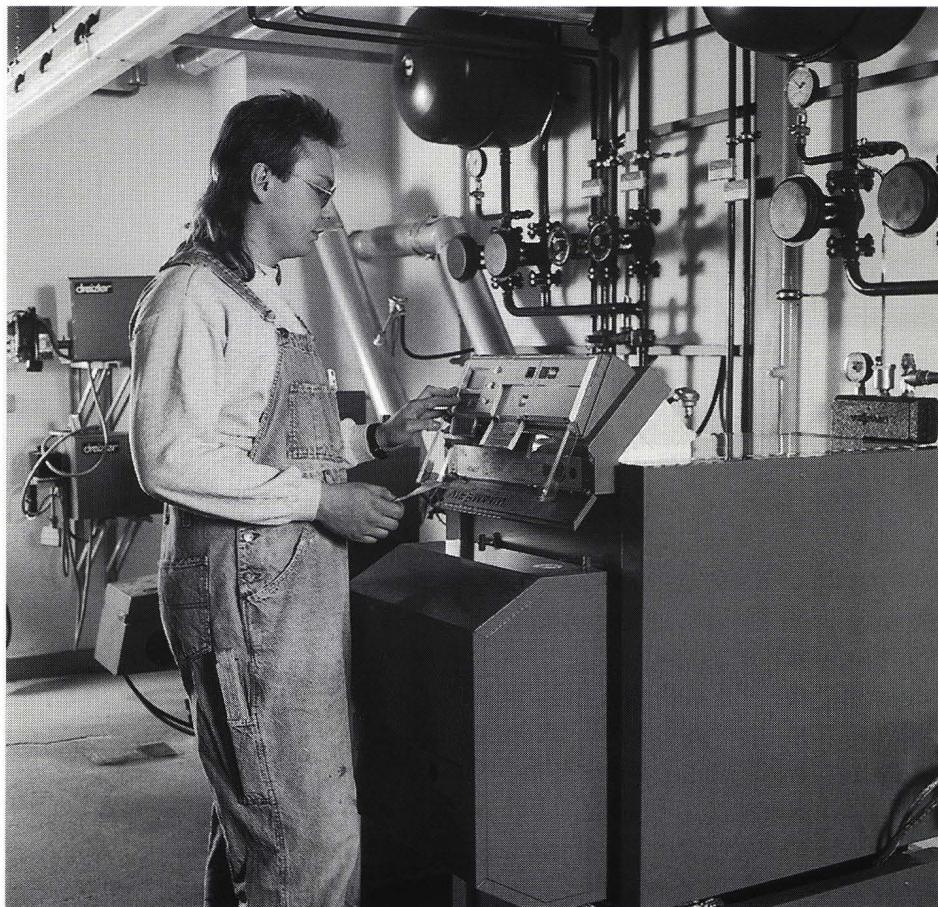
Welche Strategien wollen Sie verfolgen, um auch diese Unternehmen stärker in die duale Ausbildung einzubinden?

Ministerin Bulmahn: Gelegentlich sind Informationsdefizite vorhanden. Die betreffen-

den Firmen sind ja im allgemeinen eher klein und hochspezialisiert, viele Kleinbetriebe sind sich gar nicht im klaren darüber, daß sie ausbildungsgerecht sind, daß es die passenden Berufe für sie gibt.

Die Entscheidungsträger müssen unter Berücksichtigung ihrer speziellen Voraussetzungen von den Vorteilen des dualen Systems überzeugt werden. Die Kammern, die Ausbildungsberater und Ausbildungsplatzentwickler sind gefordert, durch gezielte Ansprache und qualifizierte Beratung die Betriebe für die Ausbildung zu gewinnen.

Es muß untersucht werden, inwieweit das vorhandene Angebot an Ausbildungsberufen den Anforderungen dieser Unternehmen gerecht wird. Hier benötigen wir systematische Informationen zur Früherkennung und Entwicklung des Qualifikationsbedarfs, auch aus den einschlägigen Arbeiten des Bundes-



instituts für Berufsbildung. Dann gilt es gemeinsam mit den Sozialpartnern zu entscheiden, ob hier Handlungsbedarf zur Entwicklung neuer Ausbildungsberufe besteht.

Wir nutzen weiterhin die Möglichkeit, über die zahlreichen Technologiezentren oder Gründerinitiativen die Entscheidungsträger möglichst frühzeitig an die Ausbildung im dualen System heranzuführen. Die Ausbildung im Verbund ist für diese Unternehmen häufig ein geeigneter Weg, um mit der Ausbildung von Jugendlichen zu beginnen. Spezialisierte Unternehmen können einzelne Ausbildungsinhalte auch in Zusammenarbeit mit anderen Betrieben oder Ausbildungseinrichtungen vermitteln.

Die neue Bundesregierung hat hierzu mit dem Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und zur Ausbildung Jugendlicher zusätzliche Fördermöglichkeiten geschaffen (vgl. Beilage BWP spezial 6/1999 in diesem Heft – die Redaktion). Im Rahmen der Förderung von lokalen und regionalen Projekten zur Ausschöpfung und Erhöhung des betrieblichen Lehrstellenangebotes können unter anderem Vorhaben unterstützt werden, die Ausbildungsverbünde schaffen und organisieren, die die Vermittlung junger Mädchen und Frauen in zukunfts- und technikorientierte Ausbildungsberufe mit unterproportionalem Frauenanteil unterstützen oder durch direkte Ansprache, Beratung sowie praktische Hilfen neue Ausbildungsbetriebe in Bereichen mit bisher geringer Ausbildungsbeteiligung für die Aufnahme der Berufsausbildung gewinnen. Alles in allem bin ich überzeugt, daß hier noch erhebliche Ausbildungspotentiale mobilisiert werden können.

BWP: *Sie nehmen Wirtschaft und Verwaltung erneut in die Pflicht, jedem Jugendlichen einen qualifizierten Ausbildungsplatz zu vermitteln. Teilen Sie Bedenken, daß bei diesen Appellen die Qualitätsaspekte der Ausbildung in den Hintergrund treten könnten?*

Ministerin Bulmahn: Eine Steigerung der Ausbildungsplatzzahlen ist nicht gleichbedeutend mit Einbußen in der Qualität der Ausbildung. Wir müssen uns über den Ernst der Lage im klaren sein: 1998 wurde der bundesweite rechnerische Ausgleich von Angebot und Nachfrage erneut verfehlt. Ein Teil der Jugendlichen findet nach wie vor keinen Ausbildungsplatz, und die noch unbesetzten betrieblichen Plätze sind vielfach nicht dort, wo sie gebraucht werden. Eine beträchtliche Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern ist auch in diesem Jahr in berufsvorbereitende Maßnahmen und vollzeitschulische Berufsausbildungen ausgewichen, obwohl sie in erster Linie einen betrieblichen Ausbildungsplatz wünschten. Angesichts der demographischen Entwicklung und der in den kommenden Jahren weiter zunehmenden Nachfrage muß die Zahl der Ausbildungsangebote für die Jugendlichen kräftig gesteigert werden, um allen Jugendlichen ein auswahlfähiges Angebot zu sichern.

Wir brauchen mehr Lehrstellen, und vor diesem Hintergrund müssen alle in Frage kommenden Ausbildungspotentiale herangezogen werden. Es ist aber selbstverständlich, daß hier Quantität nicht vor Qualität gehen kann.

BWP: *Welche Erwartungen haben Sie, Frau Ministerin, an das Bundesinstitut für Berufsbildung zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung?*

Ministerin Bulmahn: Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat nach seiner gesetzlichen Konzeption und seiner tatsächlichen Entwicklung eine umfassende Aufgabenstellung.

Es entwickelt im Auftrag der Bundesregierung zusammen mit Praktikern Ausbildungsordnungen für die berufliche Erstausbildung, Fortbildungsregelungen für die berufliche Weiterbildung und führt weitere Weisungsaufgaben der Bundesregierung, wie zum

Beispiel die Mitwirkung an der Erstellung des Berufsbildungsberichtes und die Betreuung von Modellversuchen sowie die Mitwirkung an der internationalen Arbeit durch.

Das zweite Standbein des Bundesinstituts für Berufsbildung ist die Berufsbildungsforschung; sie umfaßt sowohl Grundlagen- als insbesondere auch anwendungsorientierte Forschung in der und für die berufliche Bildung.

Weiterhin berät der viertelparitätisch besetzte Hauptausschuß die Bundesregierung in Fragen der beruflichen Bildung.

Ich erwarte, daß das Bundesinstitut für Berufsbildung ausgehend von den berufsbildungspolitischen Schwerpunkten der neuen Bundesregierung vorausschauende und kompetente Beiträge zur weiteren Entwicklung der beruflichen Bildung leistet. Dem Bedarf von Politik, Praxis und Forschung nach konzeptionellen Vorschlägen und Serviceleistung muß das Bundesinstitut für Berufsbildung abnehmerorientiert, qualitativ hochwertig und zeitnah entsprechen. Dabei wünsche ich mir neben der notwendigen Grundlagenforschung eine noch stärkere Praxisorientierung der Forschungsarbeit.

Die vom Hauptausschuß im November beschlossene Neuorganisation des Bundesinstituts eröffnet Möglichkeiten zu fachübergreifender Zusammenarbeit, Effizienzsteigerung und Optimierung der Arbeitsergebnisse. Diese Möglichkeit muß das Bundesinstitut konsequent nutzen, um seine Rolle als Kompetenzzentrum der beruflichen Bildung zu stärken und auszufüllen.

BWP: *Frau Ministerin, wir bedanken uns für dieses Gespräch.*